

# Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren

vom 29. November 1993  
in der Fassung vom 23. Mai 2022

§ 1.....	Gebührenpflicht .....	1
§ 2.....	Gebührenschildner .....	1
§ 3.....	Gebührenfreiheit.....	1
§ 4.....	Gebührenhöhe.....	2
§ 5.....	Auskunftspflicht .....	2
§ 6.....	Entstehung, Fälligkeit, Zahlung .....	2
§ 7.....	Auslagen.....	3
§ 8.....	Schlussvorschriften .....	3
<b>Anlage Gebührenverzeichnis .....</b>		<b>4</b>

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg und der §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) sowie § 4 Abs. 3 des Landesgebührengesetzes (LGebG) hat der Gemeinderat der Stadt am 29.11.1993 Ravensburg folgende Satzung erlassen:

## § 1 Gebührenpflicht

Die Stadt erhebt für Amtshandlungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse einzelner vornimmt, Verwaltungsgebühren nach dieser Satzung, soweit nichts anderes bestimmt ist.

## § 2 Gebührenschildner

- (1) Zur Zahlung der Gebühr ist verpflichtet:
1. wer die Amtshandlung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird,
  2. wer die Gebührenschuld der Stadt gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Mehrere Gebührenschildner haften als Gesamtschildner.

## § 3 Gebührenfreiheit

- (1) Für die sachliche Gebührenfreiheit gelten die Bestimmungen des § 9 Landesgebührengesetzes entsprechend. Für die persönliche Gebührenfreiheit gelten die Bestimmungen des § 10 Absatz 1 Sätze 1 und 2 sowie Absatz 2, 5 und 6 des Landesgebührengesetzes entsprechend, soweit Gegenseitigkeit besteht.
- (2) Soweit die Stadt Ravensburg Aufgaben einer unteren Verwaltungsbehörde oder einer unteren Baurechtsbehörde wahrnimmt, gilt für die persönliche Gebührenfreiheit außerdem § 10 Absatz 3 bis 6 des Landesgebührengesetzes entsprechend.
- (3) Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für Verfahren, die von der Stadt Ravensburg ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe.
- (4) Weitere spezialgesetzliche Gebührenbefreiungstatbestände bleiben unberührt.

**§ 4 Gebührenhöhe**

- (1) Die Höhe der Verwaltungsgebühr richtet sich nach dem als Anlage zu dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Für Amtshandlungen, für die das Gebührenverzeichnis keine Gebühr vorsieht und die nicht gebührenfrei sind, ist eine Gebühr von 1,50 bis 10.000 € zu erheben.
- (2) Ist eine Gebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand, nach der Bedeutung des Gegenstandes, nach dem wirtschaftlichen oder sonstigen Interesse für den Gebührenschuldner sowie nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen.
- (3) Ist eine Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zurzeit der Beendigung der Amtshandlung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.
- (4) Wird der Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung abgelehnt, wird ein Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Wird der Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung, mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Beendigung der Amtshandlung zurückgenommen oder unterbleibt die Amtshandlung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 1,50 €.
- (5) Für regelmäßig wiederkehrende Amtshandlungen für den gleichen Gebührenschuldner können Pauschgebühren festgesetzt werden.

**§ 5 Auskunftspflicht**

Der Gebührenschuldner ist verpflichtet, die zur Festsetzung der Gebühr erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und vollständig zu machen und die notwendigen Unterlagen in Urschrift oder beglaubigter Abschrift vorzulegen.

**§ 6 Entstehung, Fälligkeit, Zahlung**

- (1) Die Gebühr entsteht mit der Beendigung der Amtshandlung, für die sie erhoben wird, bei Zurücknahme eines Antrags nach § 4 Abs. 4 Satz 3 dieser Satzung mit der Zurücknahme und in den anderen Fällen des § 4 Abs. 4 Satz 3 dieser Satzung mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung. Die Gebühr wird mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.
- (2) Schriftstücke oder sonstige Sachen können bis zur Entrichtung der Gebühr zurückbehalten oder an den Gebührenschuldner auf dessen Kosten unter Nachnahme der Gebühr übersandt werden.
- (3) Die Vornahme einer Amtshandlung kann davon abhängig gemacht werden, dass die Gebühr ganz oder teilweise vorausgezahlt oder für sie Sicherheit geleistet wird. Von der Anforderung einer Vorauszahlung oder der Anordnung einer Sicherheitsleistung ist abzusehen, wenn dadurch eine für den Gebührenschuldner unzumutbare Verzögerung entstehen würde oder dies aus sonstigen Gründen unbillig wäre.

**§ 7 Auslagen**

- (1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Stadt entstandenen Auslagen inbegriffen. Der Ersatz der Auslagen kann besonders verlangt werden, soweit diese das übliche Maß erheblich übersteigen. Der Ersatz der Auslagen wird in der tatsächlichen Höhe verlangt, wenn für eine Amtshandlung keine Gebühr erhoben wird.
- (2) Als Auslagen, die neben der Gebühr erhoben werden können, kommen insbesondere in Betracht:
  - a) Telegrammgebühren,
  - b) Reisekosten,
  - c) Kosten für öffentliche Bekanntmachungen,
  - d) Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung,
  - e) Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen
  - f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.
- (3) Für die Erstattung von Auslagen gelten die für Gebühren geltenden Vorschriften entsprechend. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

**§ 8 Schlussvorschriften**

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Zu gleicher Zeit treten die Verwaltungsgebührenordnung vom 6. Februar 1956 in der Fassung vom 20. November 1989 und alle sonstigen, dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.
- (3) Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Stadt.

**Anhang: Daten der Satzung**

	Beschluss-	Nr.	Ausferti-	Inkraft-	öff. Bekanntma-	
	datum		gungsdatum	treten	Nr.	Datum
Satzung	29.11.1993	182	30.11.1993	11.12.1993	285	10.12.1993
Änderung	13.05.1996	66	14.05.1996	29.05.1996	121	28.05.1996
Änderung	26.11.2001	199	28.11.2001	01.01.2002	299	28.12.2001
Änderung	11.12.2006	198	12.12.2006	01.01.2007	291	16.12.2006
Änderung	03.05.2010	50	05.05.2010	09.05.2010	105	08.05.2010
Änderung	09.12.2013	190	10.12.2013	01.01.2014	289	13.12.2013
Änderung	17.11.2014	201	18.11.2014	01.01.2015	276	29.11.2014
Änderung	04.12.2017	176	05.12.2017	10.12.2017	284	09.12.2017
,						
Änderung	23.05.2022	91	24.05.2022	01.06.2022		Öff. Bekanntma- chung auf der städt. Homepage 25.05.2022

Anlage Gebührenverzeichnis

# Gebührenverzeichnis

Lfd.Nr.	Amtshandlung	Gebühr
1	<b>Ablehnung</b> eines Antrags usw. (§ 4 Abs. 4 Satz 1 der Satzung) wegen Unzuständigkeit gebührenfrei	1/10 bis volle Gebühr, mind. 1,50 €
2	<b>Allgemeine Verwaltungsgebühr</b> (§ 4 Abs. 1 Satz 2 der Satzung)	1,50 bis 10.000 €
3	<b>Anträge</b> Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dergl., die von der Stadt nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Stadt nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist	1,50 bis 100,00 €
4	<b>Auskünfte</b> insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche Andere mündliche Auskünfte einfacher Art sind	2,50 bis 50,00 € gebührenfrei
5	<i>entfallen</i>	
6	<b>Benutzung des städt. Bauarchivs</b>	
6.1	<i>entfallen</i>	
6.2	<i>entfallen</i>	
6.3	Anfertigen von Abschriften (Kopien aus Bauakten) - Grundgebühr je angefertigte Abschrift DIN A 4 je angefertigte Abschrift DIN A 3	7,50 € 0,75 € 1,25 €
7	<i>entfallen</i>	
8	<b>Beglaubigungen, Bestätigungen</b>	
8.1	von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste erhobene Gebühr zum Ansatz.	2 €
8.2	von Abschriften, Fotokopien und dergleichen, die die Stadt selbst hergestellt hat, je Seite in anderen Fällen für jede angefangene Seite bei Schulzeugnissen je Seite	2 € 2,50 € 0,50 mind. 1,50 €
8.3	Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. von der Stadt selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 20) hinzu.	
9	<b>Bescheinigungen</b> Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- u. Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist)	2 bis 50 €
10	<b>Besondere Verwaltungsgebühr</b> wird für die Vornahme einer Amtshandlung erhoben, wenn diese mutwillig beantragt oder erschwert wird und dadurch ein besonderer Verwaltungsaufwand entsteht	25 bis 500 €
11	<b>Bestattungsrecht</b> a) Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 BestG) b) Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 BestVO)	5 bis 25 € 5 bis 15 €

Lfd.Nr.	Amtshandlung	Gebühr
12	<b>Feiertagsrecht</b> b) Befreiung vom Arbeitsverbot an Sonn- und Feiertagen (§ 6 Abs. 1 FeiertG) c) Befreiung von verbotenen Tätigkeiten während des Hauptgottesdienstes (§ 7 Abs. 2 FeiertG) d) Befreiung vom Tanzverbot an bestimmten Feiertagen (§ 11, 12 Abs. 1 FeiertG) 1. pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen von 3.00 - 24.00 Uhr verboten sind 2. pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen während des ganzen Tages verboten sind	50 bis 150 € 10 bis 100 € 25 bis 100 € 50 bis 200 €
13	<b>Fundsachen</b> Aufbewahrung einschl. Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder	
13.1.1	bei Sachen bis zu 150 €	5 €
13.1.2	Fundfahrräder, Cityroller, Kinderwagen	25 €
13.2	bei Sachen bis zu 500 € Wert	3 % des Werts, mind. jedoch 10 €
13.3	bei Sachen über 500 € Wert	3 % von 500 € u. 1 % des Mehrwerts
13.4	bei Tieren	3 % des Werts mind. jedoch Unterbringungskosten
14	<b>Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen, Konzessionen, Bewilligungen und dergl. aller Art</b> , soweit nichts anderes bestimmt ist	2,50 bis 500 €
15	<b>Gutachten</b> (Augenscheine) nach dem Wert des Gegenstandes	1 bis 5 %, mind. je angefangene halbe Std. d. Inanspruchnahme 12,50 €
16	<b>Hinterlegungen</b>	
16.1	Annahme von Urkunden samt Anlagen je Stück - soweit nicht unter 16.2	1,50 €
16.2	Annahme von Geld, Wertsachen, Wertpapieren	1 % des Werts, mindestens 1,50 €
16.3	Rückgabe von Urkunden nach 16.1 je angefangenem Jahr der Hinterlegung, falls sie erst nach Ablauf eines Jahres erfolgt	1,50 €
16.4	Rückgabe von Geld, Wertsachen und Wertpapieren nach 16.2 je angefangenem Jahr der Hinterlegung	0,5 % des Werts, mindestens 1,50 €
17	<b>Kirchenaustritt</b> für die Amtshandlung im Kirchenaustrittsverfahren - Einzelaustritt - Ehepaar - Familie (mit einem oder mehreren Kindern)	35 € 50 € 70 €
18	<b>Melderecht</b>	
18.1	Auskünfte aus dem Melderegister	
18.1.1	einfache Auskunft (§ 44 BMG)	10 bis 15 €
18.1.2	erweiterte Auskunft (§ 45 BMG)	15 bis 20 €
18.1.3	Gruppenauskunft (§§ 46, 50 Abs. 1, 2 und 3 MG) jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt. Ist für die Erteilung der Auskunft ein außergewöhnlicher Verwaltungsaufwand erforderlich, so ist die Gebühr bis auf das Doppelte zu erhöhen.	1,50 bis 5 €
18.1.4	Gruppenauskunft, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung gegeben wird.	15 bis 2.500 €

Lfd.Nr.	Amtshandlung	Gebühr
18.2	Datenübermittlungen	
18.2.1	Datenübermittlungen an Behörden und sonstige öffentliche Stellen (§ 34 BMG), und an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften (§ 42 BMG) jeweils für eine Person, auf die sich die Datenübermittlung erstreckt. Die Erhebung der Gebühr unterbleibt, wenn diese im Einzelfall weniger als 10 € betragen würde oder diese nach BMG gebührenfrei zu erteilen sind.	1,50 bis 2,50 €
18.2.2	Datenübermittlungen nach Ziff. 18.2.1, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung vorgenommen werden.	15 bis 2.500 €
18.4	Bescheinigungen der Meldebehörde Zusätzliche Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde je Bescheinigung Werden gleichzeitig mehrere gleich lautende Bescheinigungen beantragt, so ermäßigt sich die Gebühr für jede weitere Bescheinigung auf die Hälfte	5 bis 10 €
18.5	Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde	2,50 bis 500 €
18.6	Gebührenfrei sind:	
18.6.1	Die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebestätigung.	
18.6.2	Die Auskunft an den Betroffenen (§ 10 BMG).	
18.6.3	Die Berichtigung, Ergänzung, Sperrung und Löschung von Daten des Melderegisters (§§ 12, 6 Abs. 1 BMG).	
19	<b>Rechtsbehelfe</b> (Widerspruch usw.)	
19.1	soweit der Rechtsbehelf unzulässig oder unbegründet ist	5 bis 250 €
19.2	bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührenansatz abzusehen (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung)	1/10 bis 1/2 der Gebühr nach 19.1 mindestens 5 €
20	<b>Schreibgebühren</b> Der Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk zu 20.2 bis 20.3 wird gesondert nach Ziff. 8 berechnet.	
20.1	hand- oder maschinenschriftlich hergestellte Ausfertigungen, Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtl. Büchern, Registern usw., soweit sie auf Antrag erteilt werden je angefangene Seite DIN A 4 einschl. Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk - in deutscher Sprache - in fremder Sprache	6 € 12 €
20.2	bei Schriftstücken in tabellarischer Form (Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen und dergl.) oder von wissenschaftlichen Texten nach dem Zeitaufwand, je angefangene Viertelstunde	7,50 €
20.3	Fotokopien (Ablichtungen) ohne Rücksicht auf Zahlen oder Zeilen und Silben	
20.3.1	bei einem Format bis DIN A 4 - für die erste Seite - für jede weitere Seite	0,75 € 0,50 €
20.3.2	bei einem größeren Format als DIN A 4 - für die erste Seite - für jede weitere Seite	1,25 € 1 €
20.4	Abgabe v. Vervielfältigungen v. städt. Planwerken an Private: - Auszüge aus Bebauungsplänen, Flächennutzungsplänen und Entwürfen - Auszüge aus stadt eigenen Planwerken (selbstgefertigte Rahmenpläne, Stadtpläne, Flurkarten, Luftbildraster)	

Lfd.Nr.	Amtshandlung	Gebühr
	DIN A 4 Transparent	7,50 € 15 €
	DIN A 3 Transparent	10 € 20 €
	Freie Formate: bis 20 qdm	12,50 €
	Größere Formate je qdm	0,60 €
	Auszüge in transparenter Form	200 %
	Für die textlichen Festsetzungen von Bebauungsplänen werden keine gesonderten Gebühren erhoben, sofern diese auf der Planunterlage aufgedruckt sind. Für die Vervielfältigung von Bebauungsplanbegründungen gilt Ziff. 20.3.	
20.5	Übersetzungshilfen	14 €, maximal Gebühr der zugrundeliegenden Urkunde
21	<b>Zurücknahme eines Antrags</b> (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung)	1/10 bis 1/2 der vollen Gebühr, mindestens 1,50 €
	<b>Gewerbewesen</b>	
22	Gewerbemeldungen	35 bis 80 €
22a	Zweitausfertigungen Gewerbemeldungen	10 bis 50 €
23	Gewerbeauskünfte	15 bis 30 €
24	Reisegewerbekarte - 3-jährig - unbefristet	100 bis 300 €
25	Gestattungen/ Tagesgebühr	50 bis 250 €
26	Fischereischeine - Jugend-Fischereischein - Fischereischein für Erwachsene - Verlängerung Erwachsene	15 bis 30 € 30 bis 60 € 15 bis 30 €
27	gestrichen	
28	Marktfestsetzungen	300 bis 500 €
29	Bestätigung über die Geeignetheit des Aufstellungsortes von gewinnauszahlenden Spielgeräten	75 bis 200 €
30	Erlaubnis zum Betrieb einer Privatkrankenanstalt	600 bis 1.000 €
31	gestrichen	
32	Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 c Abs. 1 GewO)	400 bis 800 €
33	Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 d Abs. 1 GewO)	1.500 bis 2.000 €
34	Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle oder ähnlichem Unternehmen	2.500 bis 5.000 €
35	Erlaubnis zum Betrieb des Pfandleih- oder Pfandvermittlungsgewerbes	350 bis 500 €
36	Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes - Ein-Mann-Betrieb - mit Angestellten	300 bis 500 € 400 bis 800 €
36a	Überprüfung Wachpersonal	50 bis 200 €
37	Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerungsgewerbes	400 bis 800€
38	Erlaubnis zur Stellvertretung konzessionierter oder angestellter Personen	120 bis 250 €
39	Gaststättenkonzessionen - unbefristet	300 bis 500 €

Lfd.Nr.	Amtshandlung	Gebühr
40	Vorläufige Gaststättenerlaubnis	60 bis 120 €
41	Sperrzeitverkürzungen - einzelne Tage - regelmäßig	20 bis 100 €/Tag 150 bis 250 €/Monat
42	Auflagen	60 bis 100 €/Auflage
43	Wiedergestattung eines untersagten Betriebs	200 bis 500 €
44	Zweitschrift Reisegewerbekarte	30 bis 80 €
45	Gewerbelegitimationskarte	80 bis 150 €
	<b>Standesamt</b>	
46.1	Aufenthaltsbescheinigung bei Eheschließungsverfahren	5 €
46.2	Reservierung eines Trauungstermins ohne gleichzeitige Anmeldung der Eheschließung	10 €
43.3	Änderung oder Feststellung eines Familiennamens	50 bis 1.000 €
46.4	Gebühr für die Änderung eines Vornamens	50 bis 500 €
46.5	Ein- bzw. Austragung der Religionszugehörigkeit im Personenstandsregister	15 €
	<b>Baurecht</b>	
	Soweit Gebühren in dieser Satzung oder diesem Gebührenverzeichnis nach Baukosten zu berechnen sind, ist von den durchschnittlichen Kosten nach DIN 276 Kostengruppe 300 und 400 (Ausgabe Juni 1993) auszugehen, die am Ort der Bauausführung im Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung zur Erstellung des Vorhabens erforderlich sind, einschließlich des Werts etwaiger Eigenleistungen (Material- und Arbeitsleistungen). Die Baukosten sind auf volle 100 € aufzurunden.	
47	Ablehnung Antrag	100 – 5.000 €
48	Rücknahme Antrag	100 – 5.000 €
49	Verlängerung von Bescheiden	100 – 5.000 €
50	Angrenzer- und Nachbaranhörung in allen bauaufsichtlichen Verfahren	pro Anhörung mit Erhebung Adresse 30 € pro Anhörung ohne Erhebung Adresse 15 € mindestens 25 €
51	Erteilung eines Bauvorbescheides	100 – 5.000 €
52	Erteilung einer Baugenehmigung oder Zustimmung einschließlich einer Baufreigabe	6 v. Tausend der Baukosten, mind. 100 €
52a	Erteilung einer einfachen Baugenehmigung einschließlich einer Baufreigabe	5 v. Tausend der Baukosten, mind. 100 €
53	Erteilung einer Baugenehmigung, Abbruchgenehmigung oder Zustimmung ohne Baukosten einschließlich einer Baufreigabe	50 € - 5.000 €
54	Erteilung einer Teilbaugenehmigung oder Teilzustimmung einschließlich einer Teilfreigabe	100 € - 1.000 €
55	Anzeige Kenntnissgabeverfahren	4 v. Tausend der Baukosten, mindestens 50 €



Lfd.Nr.	Amtshandlung	Gebühr
56	Bearbeitung Abgeschlossenheitsbescheinigung	50 € Grundgebühr, zusätzlich pro bescheinigter Wohnung oder sonstiger Einheit 50 €, ab dem 3. Planheft zusätzlich 50 €, Zuschlag für besonderen Aufwand 51€/Stunde
57	Erteilung Prüfauftrag und Überwachung der Prüfberichte mit Erteilung der jeweiligen Baufreigabe	50 – 1.000 €
58	Erteilung von Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen für das Maß der baulichen Nutzung	Grundstücksfläche, welche notwendig wäre um ohne Befreiung auszukommen x 10 % des Bodenwerts nach der Wertekarte des Gutachter-ausschusses
59	Erteilung von Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen sonstiger Art	50 – 5.000 € je Tatbestand
60	Abnahmen, Baukontrolle und örtliche Überprüfungen	50 – 1.000 €
61	Prüfung und Überwachung von Sonderbauten	25 – 1.000 €
62	Bauordnungsrechtliche Maßnahmen und Anordnungen	50 – 2.000 €
63	Bearbeitung Baulasten	100 – 500 €
64	Auskünfte und Bauberatung	25 – 1.000 €, für einfache Auskünfte mit einem Zeitaufwand bis zu 0,5 Stunden werden keine Gebühren erhoben
65	Einsichtnahme, Auskünfte und Ausleihen von Bauakten	10 – 500 €, zusätzlich Mahngebühr von 40 € pro Mahnung bei Überschreitung der Ausleihfrist
66	Denkmalrechtliche Anordnungen und Entscheidungen	50 – 5.000 €
66.a	Erteilung von steuerlichen Sonderabschreibungsbescheinigungen nach § 7 h Einkommensteuergesetz	0,1 % der Baukosten, mind. 100 €, höchstens 3.000 €
66.b	Erteilung einer vorläufigen Bescheinigung nach § 7 h Einkommensteuergesetz	100 €
	<b>Waffenrecht</b>	
67	Erlaubnis zum Schießen außerhalb von Schießstätten	120 €
68	Schießstanderlaubnis	250 €
69	Ausstellung einer Waffenbesitzkarte bzw. Eintrag einer Waffenerwerbsberechtigung (auch wesentliches Waffenteil)	80 €
70	Ausstellung einer Ersatzausfertigung für eine in Verlust geratene waffenrechtliche Erlaubnis	60 €
71	Ausstellung einer Waffenbesitzkarte für Waffensammler (rot)	250 €

Lfd.Nr.	Amtshandlung	Gebühr
72	Änderung des Sammelthemas bei Waffensammlern	150 €
73	Ausstellung einer Waffenbesitzkarte in Folge eines Erbfalls	150 €
74	Zuschlag bei gemeinsamer Waffenbesitzkarte oder Waffennutzung	50 €
75	Wechsel des Waffenverantwortlichen eines Vereins (bereits WBK-Inhaber)	50 €
76	Eintragung einer Waffe in die Waffenbesitzkarte, soweit die Eintragung nicht bei der Ausstellung oder bei der Eintragung einer weiteren Erwerbsberechtigung vorgenommen wird (auch für Jäger).	37,50 €
77	Eintragung des Überlassens einer Waffe in der Waffenbesitzkarte	25 €
78	Eintragung der Berechtigung zum Munitionserwerb in der Waffenbesitzkarte	25 €
79	Ausstellung eines Munitionserwerbscheines	50 €
80	Ausstellung eines Waffenscheines	250 €
81	Verlängerung der Geltungsdauer des Waffenscheins	150 €
82	Ausstellung eines "kleines Waffenscheins"	100 €
83	Eintragung/Austragung eines Wechsel- oder Austauschlaufes oder einer Wechselltrommel in die Waffenbesitzkarte; Eintrag der Blockierung einer Erbwaffe.	50 €
84	Einwilligung zum Verbringen oder Verbringenlassen von erlaubnispflichtigen Schusswaffen oder erlaubnispflichtiger Munition aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft	50 €
85	Erlaubnis zum Verbringen oder Verbringenlassen von erlaubnispflichtigen Schusswaffen oder erlaubnispflichtiger Munition zu Waffenherstellern/Waffenhändlern in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 21 WaffG	150 €
86	Einwilligung zum Mitnehmen von erlaubnispflichtigen Schusswaffen und Munition in den Geltungsbereich des Gesetzes bei Besuchen durch den Inhaber eines von einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft ausgestellten Europäischen Feuerwaffenpasses	50 €
87	Zuschlag nach Aufwand pro Waffe bei der Verbringungserlaubnis nach Nr. 84	15 €
88	Ausstellung eines Europäischen Feuerwaffenpasses	100 €
89	Verlängerung der Geltungsdauer oder Änderung eines Europäischen Feuerwaffenpasses	50 €
90	Widerruf oder Rücknahme einer Amtshandlung, zu der der Berechtigte Anlass gegeben hat, sowie Ablehnung eines Antrags aus Gründen die der Antragsteller zu vertreten hat	300 €
91	Verhängen eines Waffenbesitzverbots, z.B. Widerruf der Waffenbesitzkarte	300 €
92	Vorortkontrollen	100 €
93	Allgemeine Verwaltungsgebühr für nicht festgelegte Tatbestände	30 – 504 €
94	Negativzeugnis: Ausstellung eines Negativzeugnisses nach § 28 BauGB	65 €
95	Ausstellung eines Negativzeugnisses nach § 29 Abs. 6 Wassergesetz Baden-Württemberg (WG-BW)	55 €